

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden.
Verlag: R. Voigtlander & Sohn, Dresden.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gehr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und Wissenschaft monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen jährlich 14,40 M., unter Anhang für Deutschland und Österreich-Danien 15,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Verlagszeitung von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Berechnungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 237.

Dresden, Donnerstag den 10. Oktober 1918.

29. Jahrg.

Wilson's Gegenfragen an Deutschland. Weiterführung des Friedensschrittes. — Wahlrechtsvorlage für Sachsen.

Washington, 8. Oktober.
Der Staatssekretär hat dem schweizerischen Geschäftsträger folgende Antwort auf die deutsche Note übergeben:

Staatsdepartement vom 8. Oktober 1918.
Mein Herr! Ich habe die Ehre, im Namen des Präsidenten den Empfang Ihrer Note vom 6. Oktober zu bestätigen, die die Mitteilung der deutschen Regierung an den Präsidenten einschloß, und ich bin von dem Präsidenten beauftragt, Sie zu bitten, dem Deutschen Reichskanzler folgende Mitteilung zu machen: Ehe er auf das Ansuchen der Kaiserlich Deutschen Regierung antwortet und damit die Antwort so ausführlich und gradförmig erteilt wird, wie die wichtigen Interessen, die darin eingeschlossen sind, erfordern, hält der Präsident der Vereinigten Staaten es für notwendig, sich des genauen Sinnes der Note des Reichskanzlers zu versichern. Meint der Reichskanzler, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung die Bedingungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt worden sind, annimmt und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen? Der Präsident der Vereinigten Staaten fühlt sich verpflichtet, zu dem Vorschlage eines Waffenstillstands zu erklären, daß er sich nicht berechtigt fühlen würde, den Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verbunden ist, einen Waffenstillstand vorzuschlagen, solange die Seeer dieser Macht auf ihrem Boden stehen. Der gute Glaube bei jeder Diskussion (the good faith of any discussion) würde offensichtlich von der Zustimmung der Mittelmächte abhängen, sofort die Truppen überall aus dem besetzten Gebiet zurückzuziehen.
Der Präsident glaubt auch zu der Frage berechtigt zu sein, ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht (constituted authorities of the empire), die bisher den Krieg geführt haben. Er hält die Antwort auf diese Frage von jedem Standpunkt aus für außerordentlich wichtig.
Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.
Robert Lansing.

Westlich Cambrai.
w/d. (Antlich.) Großes Hauptquartier, den 10. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Auf dem Schlachtfelde zwischen Cambrai und St. Quentin nahmen wir rückwärtig Stellungen ein. Cambrai wurde von uns geräumt. Durch erfolgreiches, von Panzerwagen unterstütztes Gegenangriffe, die uns am Abend des 8. Oktober südlich von Cambrai wieder in den Besitz von Crauvillers und der Höhen beiderseits von Cones brachten, haben in erster Linie bayerische und rheinische Regimenter sowie Truppen der deutschen Jägerdivision die Loslösung vom Gegner wesentlich erleichtert. Im Laufe des gestrigen Tages ist der Feind beiderseits der Kamerstraße in Richtung Le Chaton mit stärkeren Kräften gefolgt. Unsere Vortruppen wehrten seine hier in Verbindung mit Panzerwagen angeführte Kavallerie ab; stärkeren Infanterieangriffen wichen sie schrittweise kämpfend auf ihre neuen Stellungen aus. Am Abend fand der Feind östlich der Linie Verzy-Buisigny-Bohain.
In der Champagne wurden feindliche Teilangriffe beiderseits von St. Etienne abgewiesen. Zwischen den Argonnen und dem Rücken von Cerny brach der Amerikaner am östlichen Maas-Ufer in Verbindung mit Franzosen erneut zu einseitigen Angriffen vor. Am Rande der Argonnen (speziell unter schweren Verlusten für den Gegner, Cerny, in das der Feind eindringt, wurde wieder genommen. Hauptstoß der zwischen Aire und Maas geführten Angriffe war gegen Sommerance und Romagne gerichtet. Beide Orte blieben nach wechselvollen Kämpfen in unserer Hand. Den über Romagne und östlich davon über Camel vordringenden Feind warfen baltische Regimenter wieder zurück.
Auf dem östlichen Maas-Ufer schlugen wir den Feind bei und östlich von Sivry ab und nahmen Sivry, das vorübergehend verloren ging, wieder. Nordwestlich und östlich von Beaumont ist der Ansturm des Gegners vor den Linien österreichisch-ungarischer Jäger und rheinischer Regimenter gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Wenn dieses ist der Frieden ein'ge Pflicht: Das Reich zu sichern, das sie selbst beschirmt.
Erfülle diese Pflicht! Zeichnet die Neunzel

Es ist das erste Mal, daß die deutsche Friedenspolitik nicht auf brüske Zurückweisung stößt. Mit der Antwort Wilsons ist die Friedensgespräche tatsächlich eröffnet. Wenn sie von beiden Seiten mit gutem Willen und mit dem tiefen Ernst, der der großen Aufgabe gebührt, fortgesetzt wird, so ist ein Erfolg wohl zu erhoffen. Aber es sind bis dahin ganz gewiß noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden.
Wilson's Antwort ist nur eine vorläufige. Die eigentliche Antwort behält er sich vor. Er stellt auf das Angebot der deutschen Reichsleitung zunächst mehrere Anfragen, um den genauen Sinn der deutschen Note zu erfahren, und zum Vorschlag des Waffenstillstands stellt er eine Vorbedingung von größter Tragweite. Es ist nun die Aufgabe der deutschen Reichsleitung, die Anfragen Wilsons zu beantworten und sich klar darüber zu werden, ob sie die Vorbedingung für den Waffenstillstand, die Räumung der besetzten Gebiete, anzunehmen in der Lage ist.
Die deutsche Note hat die Vorstellungen Wilsons als geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen anerkannt. Das war ein sehr weites Eingestehen. Wilson aber stellt die Gegenfrage und in ihr liegt eine Forderung: ob Deutschland die in den Wilson'schen Botschaften niedergelegten Bedingungen annimmt und ob eine Diskussion nur noch über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung stattfinden soll. Die glatte Annahme aller Wilson'schen Bedingungen würde aber wiederum nur unter der Voraussetzung möglich sein, daß ihre Formulierung völlig eindeutig wäre und jeden Zweifel über ihren Sinn ausschloße. Dies ist aber keineswegs der Fall. Hinsichtlich einer ganzen Reihe der Wilson'schen Bedingungen, so insbesondere hinsichtlich der "Wiedergutmachung des Ungehorsams" an Elia-Vorfüringen, bedarf es zunächst einer genauen Klarstellung, was Wilson und seine Anhänger wollen. Deutschland muß erst wissen, was die anderen fordern, ehe es ohne weiteres sagen kann: wir nehmen Wilson's Bedingungen an.
Weit leichter dürfte die Frage zur Klärung gebracht werden können, die Wilson am Schluß der Note stellt. Er

will wissen, ob der Reichskanzler „nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“, und er hält die Antwort auf diese Frage für außerordentlich wichtig. Aus dieser Gegenfrage ergibt sich das Misstrauen gegen das bisherige Regierungssystem Deutschlands. Aber die Antwort auf diese Frage ist bereits am vorigen Sonnabend durch den Präsidenten des Reichstags erteilt worden, indem er erklärte konnte: „Im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritt der Regierung einverstanden ist, erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen.“ Auf die Frage Wilsons kann im übrigen noch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß in der Tat der jetzige Reichskanzler nicht mehr nur für die Gewalten des Reiches spricht, die für den Krieg verantwortlich sind.

Die von Wilson gestellte Vorbedingung für den Eintritt des Waffenstillstandes ist eine überaus schwere Zumutung für Deutschland. Wilson sagt, von der Zustimmung zur Zurückziehung der Truppen hänge es ab, ob für die beabsichtigte Friedensdiskussion der „gute Glaube“ bei Deutschland vorhanden sei. Aber Deutschland muß auch den guten Glauben auf der andern Seite gesichert haben, wenn es sich nicht in die Gefahr einer ungeheuren Verschlechterung seiner militärischen Lage verfallen soll. Wenn die Gegner Sicherheiten dagegen bieten, daß sie die Zurückziehung ihrer Truppen aus den besetzten Gebieten nicht zur Gefährdung ihrer Stellungen benutzen werden, dann ließe sich über die Forderung Wilsons wohl eine Einigung herbeiführen, so schwierig sie auch sein mag.

Die deutsche Reichsleitung möge in ruhiger Besonnenheit die Friedensforderung aufnehmen, um aus der schweren Lage das möglichst Gute und Erträgliche herauszuarbeiten!

Beratungen über Wilson's Antwort.

Am Mittwochabend fand im Reichswärteramt als der dafür zunächst zuständigen Stelle eine Besprechung der Antwortnote des Präsidenten Wilson statt. Im Anschluß daran trat im Reichskanzlerpalast unter dem Vorsitz des Reichskanzlers das Kriegskabinetts unter Leitung anderer zur Entscheidung berufener Stellen zu einer Beratung zusammen, in der gleichfalls die Wilson-Note den Gegenstand eingehender Verhandlungen bildete. Nachrichten über eine Beschlußfassung liegen bis jetzt noch nicht vor.

Der Erste Generalquartiermeister, General Ludendorff, trat am dem Großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein.

Stimmen der Presse.

Berlin, 10. Oktober.
Die Nordd. Allg. Ztg. sagt: Sie auch immer die Entscheidung fallen mag, muß das deutsche Volk sich bewußt bleiben, daß die Männer, die auf Grund genauer Kenntnis aller Launen ihren Spruch fällen, kein anderes Interesse vertreten als das, Deutschlands Wohl und Zukunft zu bewahren.
Deutsche Tageszeitung: Daß wir die Bedingungen, die Wilson stellt, für eine ganz unannehmbare Zumutung halten, brauchen wir wohl kaum erst zu sagen.
Trotzdem äußert sich die Kreuzzeitung: Wenn Wilson diesmal nicht zugeordnet ein rundes Nein gefunden hat, so liegt das natürlich an dem Inhalt unseres Angebots, das den Kriegsgesetzen Wilsons auf den Leib geschrieben ist.
Die Völkzeitung schreibt: An der unendlich schweren Lage, in die das Deutsche Reich jetzt gekommen ist, ist gewiß nicht zum letzten die bisherige Vermischung der militärischen und politischen Gewalten Schuld gewesen. Die Geschichte wird einmal feststellen müssen, ein wie großes Unglück dem deutschen Volk aus der langen und unheilvollen Epoche entgangen ist, in der die politischen Faktoren von der militärischen Gewalt so gut wie zur Ohnmacht verdammt waren.
Lokalanzeiger: Eine ungeheure Verantwortung lastet auf den Männern, die dem Wunsche der deutschen Volksgemeinschaft folgend, in die Regierung eingetreten sind, und kann und wird ihnen von niemandem abgenommen werden. Sie befinden sich auch allein in dem Besitz der Verantwortung aller der Einzelheiten, von denen die Verantwortung der Wilson'schen Note abhängt. Das deutsche Volk kann daher in dieser höchstschweren Stunde nichts anderes tun, als die Entscheidung der Männer, denen jetzt die Leitung der Staatsgeschäfte übertragen wurde, in Ruhe und Geduld abzuwarten.
Die Germania glaubt der Hoffnung Raum geben zu dürfen, daß die Morgenblätter des Friedens im Gange ist. Die Tatsache, daß Wilson das deutsche Friedensangebot ganz anders behandelt als noch vor wenigen Wochen das österreichisch-ungarische, gibt ihr zu dieser Auffassung das Recht. Wer aus den auswärtigen Leistungen die öffentlichen Meinungen oder Stimmungsmache in der Union sowie in England und Frankreich verfolgt, wird Wilson seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit als hohen Preis anerkennen. Allerdings seien wir noch sehr weit von einer Beschluß-